Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1902

20 (21.1.1902) Badischer Landtag. Sitzungsbericht aus der Zweiten Kammer. 23. öffentliche Sitzung

Visual Library

Badischer Landtag.

Sitzungsbericht aus der Zweiten Kammer.

23. öffentliche Sitzung
am Samstag den 18. Januar 1902.

Am Regierungstisch: Staatsminister **v. Brauer**, Finanzminister Dr. **Buchenberger**, die Präsidenten: des Ministeriums des Innern Geh. Rath Dr. **Schenkel** und des Ministeriums der Justiz, des Kultus und des Unterrichts Staatsrath Frhr. **v. Dusch**, Staatsrath Dr. **Reinhard** und Regierungskommissäre.

Präsident **Gönner** eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr.

Nach Anzeige der neuen Einläufe beantragt

Abg. Dr. **Wilckens**, den Gesetzentwurf, betreffend die Ueberleitung der ehelichen Güterstände des älteren Rechts in das Reichsrecht, zur Vorberathung einer Kommission zu überweisen.

Ebenso solle der Gesetzentwurf, betreffend Aenderung des Gesetzes über den Elementarunterricht, in der Kommission für den Gesetzentwurf, betreffend Wohnungsgeld, vorberathen werden.

Abg. **Eichhorn** beantragt Einsetzung einer Sonderkommission.

Abg. **Wacker** tritt dem entgegen.

Abg. Dr. **Wilckens** hält seinen Antrag aufrecht.

Abg. **Eichhorn** wollte der Kommission durchaus kein Mißtrauensvotum aussprechen. Sein Antrag entsprang dem Wunsche, diese Kommission nicht zu überlasten.

Nach einigen weiteren Bemerkungen des Abg. **Wacker** werden die Anträge Dr. Wilckens' angenommen.

Hierauf folgt Fortsetzung der Zolltarifdebatte.

Abg. **Wittum** ist der Ansicht, daß der Ministerwechsel keinen Einfluß auf die den Volkswohlstand fördernde Politik gehabt habe und haben werde. — Im Gegensatz zu den Ausführungen des Abg. Gießler glaubt Redner, daß die Art der Aufstellung des Steuerkatasters keine richtige und nicht zu beanstandende sei. Die nur auf Illusion beruhende Werthsteigerung sei ganz zu Unrecht der steuerlichen Veranlagung zu Grunde gelegt worden. Dadurch, daß man stets die Ergebnisse des letzten Kalenderjahres der Veranlagung zu Grunde legte, habe man eine ungesunde Schwankung der Steuern veranlaßt.

Eine Zolltarifinterpellation scheine ihm im badischen Landtag unangebracht, schon weil sie vor das Forum des Reichstags gehöre. Da aber die Frage angeschnitten sei, wolle er nicht verfehlen, auch seine Ansicht darzuthun. Wir stehen in unserem wirthschaftlichen Leben vor einem großen Riß, über den eine Brücke geschlagen werden müsse. Eine soche Brücke könne aber nur auf dem Wege gegenseitigen Entgegenkommens zustandekommen. Die Reichsregierung befinde sich in keiner beneidenswerthen Lage. Keineswegs dürfe sie einseitig die Industrie beschützen, aber ebenso dürfe auch nicht einseitig die Landwirthschaft bevorzugt werden. Deutschland sei im Verlauf der Jahre zu einem Industriestaat ersten Ranges geworden. Die industrielle Thätigkeit und Bevölkerung habe sich in kurzer Zeit verdreifacht, der anbaufähige Boden jedoch sei im Umfang gleich geblieben. Redner gönne der Landwirthschaft treibendnen Bevölkerung jede Besserung ihrer Lage, jedoch müsse er seine Stimme dagegen erheben, daß unter Gefährdung der vitalsten Interessen Deutschlands in einseitiger Weise durch Erhöhung des Zolls auf die nothwendigsten Lebensmittel der Landwirthschaft aufgeholfen werde. Die Behauptung, das Ausland zahle den Zoll, sei absolut unbeweisbar. Man dürfe nicht nur den Zoll in Betracht ziehen, der ganze Konsum müsse ins Auge gefaßt werden. Es sei im Hause auf die erzieherische Wirkung der Zölle hingewiesen worden. Man dürfe aber nicht vergessen, daß ihre übermäßige Anspannung der gesammten Volkswirthschaft Vernichtung bringe. Die Industriezölle scheinen ihm zu den sogenannten Anstandszöllen zu gehören, die man jederzit abschütteln könne, während die Agrarzölle auf Dauer berechnet seien. Man dürfe nicht nur von einer Noth der Landwirthschaft reden. Auch die Industrie sei gegenwärtig in großer Nothlage. (Zuruf: „Sehr richtig!“) Durch die ungünstigen Absatzverhältnisse im Ausland, auf das besonders die süddeutsche Industrie angewiesen sei, wirken sehr hemmend. Durch eine Zollerhöhung gefährde man erheblich den Abschluß langfristiger Handelsverträge. Das würde besonders für Pforzheim, als dessen Vertreter er rede, einen Schlag bedeuten, von dem es sich so bald nicht wieder erholen werde.

Der wirksamste Schutz für die Landwirthschaft sei die Erhaltung und Stärkung der Industrie und damit die Kräftigung der inländischen Konsumtionsfähigkeit. Die Geschichte lehre, daß die Größe keiner Nation den Niedergang ihres Handels überlebe.

Zum Schlusse warnt Redner davor, einen Gegensatz zwischen Stadt und Land zu konstruiren. Er hoffe, daß eine Mittellinie gefunden werde, auf der sowohl der Landwirthschaft als auch der Industrie geholfen werde.

Staatsminister **v. Brauer** möchte im Anschluß an die Bemerkungen des Abg. Dr. Wittum über den Ministerwechsel konstatiren, daß eine Systemänderung in der Gesammtpolitik weder beabsichtigt noch eingetreten sei. Dies

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

erhelle schon aus der Art, in der das neue Ministerium aus dem alten hervorgegangen sei. Im Juli v. J. habe der hochverdiente Staatsmann, der sieben Jahre lang an der Spitze des Staatsministeriums gestanden und schon fast 20 Jahre vorher die Justiz- und Unterrichtsangelegenheiten mit größtem Erfolg geleitet habe, aus Gesundheitsrücksichten, und zwar lediglich aus solchen, um seine Zurruhesetzung gebeten. Als sein Nachfolger an der Spitze des Ministeriums wurde derjenige Minister berufen, der sozusagen nach seiner Stellung der nächste war, das älteste Mitglied des Staatsministeriums — und zum Nachfolger im Justiz- und Kultusdepartement ein langjähriger Amtsgehilfe des abgetretenen Ministers. Dreiviertel Jahre vorher war der in seinem Berufe so vielgewandte und erfahrene Minister des Innern, im Wesentlichen gleichfalls aus Gesundheitsrücksichten, von seinem Posten zurückgetreten, und es wurde auch hier ein Mann an seine Stelle berufen, der lange Jahre vorher schon als Ministerialdirektor sein treuer Amtsgenosse gewesen war. Hieraus erhelle, fährt Redner fort, daß das neue Ministerium organisch aus dem alten hervorgegangen sei. Auch der Kurs bleibe der alte. Daran habe auch der Umstand nichts geändert, daß ein fünftes Mitglied ins Staatsministerium berufen wurde, bestimmt als Korreferent in wichtigen Gesetzgebungs- und Beschwerdeangelegenheiten zu fungiren, überhaupt um einen weiteren erfahrenen, von keinem Ressortegoismus beeinflußten Berather im Staatsministerium zu haben. Bei der Auswahl der Persönlichkeit dieses fünften Mitglieds sei noch ein Umstand nicht ohne Bedeutung gewesen, der sonst keine Rolle spiele und spielen dürfe: weil zufällig alle vier Ressortchefs protestantisch seien, habe man es für angemessen und zweckmäßig gehalten, dieses fünfte Mitglied womöglich aus der andern (katholischen) Konfession zu berufen.

Das neue Ministerium wisse sich frei von jeder Parteischablone und werde bestrebt sein, sich außerhalb der Parteien zu halten (nicht „über" aber „außerhalb" der Parteien; denn über den Parteien stehe nur der Landesherr). Darin unterscheide es sich aber nicht vom früheren Ministerium, vielleicht habe es aber den Vortheil, daß man ihm diese Versicherung eher glaube, weil kein Mitglied des jetzigen Staatsministeriums eine besonders ausgeprägte politische oder gar parteipolitische Vergangenheit habe.

Er habe überhaupt die ketzerische Ansicht, daß es für den Minister eines Bundesstaats heutzutage nicht sowohl darauf ankomme, große Politik zu machen, als für eine gute, gerechte und gesunde Verwaltung zu sorgen. Darin liege einer der Hauptvorzüge der Reichsgründung, daß nunmehr alle wichtigen Fragen der äußeren wie inneren Politik im Reichstage berathen werden und zur Entscheidung kommen, wodurch den Einzelstaaten mehr Zeit bleibe, sich den wirthschaftlichen und sozialen Aufgaben zuzuwenden. Im Juli v. J. habe er in einem liberalen Münchener Blatte gelesen, die badischen Minister hätten seit vielen Jahren zwar eine vortreffliche Verwaltung geführt, aber sonst doch nur sehr mittelmäßige Politik gemacht. Sollte ihm einmal, wenn er über kurz oder lang von seinem Posten zurücktrete, das Lob gespendet werden, er habe auf allen Gebieten des Staatslebens für eine gerechte und unparteiische, vom modernen Geist durchwehte und von falschem Bureaukratismus freie Verwaltung gesorgt, so würde es ihm ganz gleichgiltig sein, wenn man nebenher von ihm sage, daß er „kein staatsmännischer Kopf" gewesen sei, — wenn man nur die Verwaltung anerkennen müsse. (Beifall.) „Im Uebrigen werden wir", so ungefähr schloß der Redner, „fortfahren die Verwaltung zu führen nach den gemäßigt-liberalen Grundsätzen, die schon seit einer langen Reihe von Jahren in Baden mit Erfolg maßgebend sind; aber — eben weil wir frei von jedem einseitigen Parteistandpunkt sind — werden wir gleichzeitig bestrebt sein, die bei uns leider allzu scharf ausgeprägten Parteigegensätze thunlichst auszugleichen. Immer aber wird unsere Politik eine nationale sein, das heißt neben den Interessen des Landes werden wir die des Reiches und die Wohlfahrt des gesammten deutschen Vaterlandes niemals außer Acht lassen. Dies sind mit wenigen schlichten Worten die Grundsätze, nach denen wir die Geschäfte führen wollen. Im Uebrigen halte ich mehr von Thaten als von Worten."

Abg. **Fendrich** hat sich sehr gewundert, daß gerade Wirtum als Mitglied der nationalliberalen Partei erklärt habe, er hoffe, die jetzige Regierung werde in den Bahnen der alten wandeln. Man dürfe die Bedeutung der Wahlrechtsfrage nicht überschätzen, man müsse aber auch hoffen, daß die Errungenschaften jahrelanger Kämpfe nicht auf einmal fallen gelassen werden. Man könne sich nicht denken, daß lediglich der Wunsch, die Debatte auf das unbedingt Nothwendige zu beschränken, der Grund des Schweigens über die Wahlrechtsfrage gewesen sei.

Die Erklärung des Herrn Staatsministers habe ihn sehr sympathisch berührt, insbesondere das, was er über die Feindschaft gegen die Bureaukratie gesprochen habe. Auch die Volksvertreter müssen darauf sehen, daß man durch Anerkennung aller Parteien als gleichberechtigt, eine ersprießliche Arbeit gewährleiste. Die Versammlungen der Sozialdemokraten werden besonders überwacht. Dies sei zwar besser geworden. Er möchte aber doch anfragen, ob die Spezialüberwachung der sozialdemokratischen Versammlungen fortgesetzt werden solle. Auch frage er an, ob die Berichte der Fabrikinspektion weiter gekürzt werden sollen.

Der Herr Minister Schenkel habe kurz vor den Wahlen in Lahr eine Rede gehalten, die das denkbar schätzbarste Material liefere gegen die Herren Schüler und Burkhard. Herr Minister Schenkel habe erklärt, die landwirthschaftliche Krisis sei schwer, werde aber übertrieben. Auch eine vom Abg. Burkhard anerkannte Autorität, Bürgermeister Roth, habe erklärt, wer heute noch von einer Noth der Landwirthschaft rede, sei blind. So weit wolle er, Redner, nicht gehen. Eine Noth sei gewiß vorhanden, doch dürfe man sie nicht so übertreiben, wie es geschehe.

Des weiteren wendet sich Redner gegen die Ausführungen des Abg. Burkhard, insbesondere bittet er die Regierung, ihre Aufmerksamkeit auf das vom Abg. Burkhard charakterisirte Zustandekommen der Ernteberichte zu lenken. Der Abg. Hug habe ein sehr dankenswerthes Wort gesprochen: bei Zustandekommen des Zolltarifes werde wohl die Arbeiterfamilie eine Mehrbelastung von 30 M. treffen. An einem Beispiel legt Redner dar, daß eine solche Belastung von weiteren 30 M. für's Jahr die Lebenshaltung eines Arbeiters mit durchschnittlich 1100 bis 1200 M. Jahresverdienst bedeutend herabdrücke.

Redner wendet sich gegen die Bemerkungen des Abg. Hug über die Reichsschuldenwirthschaft. Die allerbeste Reichsfinanzreform scheine ihm zu sein: das Centrum kehre zu seiner alten Politik zurück. Das Centrum sei die wichtigste Bremse, von der der Abg. Hug gesprochen habe. — Auch die Bemerkung Hug's, mit steigender Grundrente werden möglicherweise auch die Arbeitslöhne steigen, könne den Arbeitern keineswegs genügen. Die Behauptung, die Zollerhöhung komme auch dem kleinen Landwirth zugute, müsse er als auf Sachunkenntniß beruhend entschieden zurückweisen. Der kleine Bauer sei keineswegs in der Lage, Getreide zu verkaufen. Der Herr Finanzminister habe gar nicht von den Folgen der Zollerhöhung gesprochen, insbesondere nicht von der Wir-

kung eins Steigens der Grundrente. Durch eine solche Art der Hilfe werde sich mit dem „Quadrat der Entfernung“ die Gefahr für den Bauer vermehren.

Der Herr Minister habe gemeint, nicht allein durch die Ueberproduktion, sondern auch durch die Bankbrüche wurde die wirthschaftliche Noth veranlaßt. Das erinnere ihn an das Wort: „Die Armuth kommt von der Pauvretät“.

Abg. Dr. **Heimburger** zweifelt, ob es dem Herrn Dr. Wilckens wirklich angenehm sein werde, wenn das neue Ministerium in jeder Hinsicht den Wegen des alten folge. Aber auch wenn die Regierung nicht in allen Dingen den Wünschen einer Partei entgegenkomme, so werde das doch für sie kein Grund sein, ein Mißtrauensvotum abzugeben. Doch könne man das Vertrauen erst dann aussprechen, wen man Thaten sehe. — Eine Aeußerung, wie die des Herrn Staatsministers, der Kurs der Regierung bleibe der alte, brauche nicht zu tragisch genommen zu werden. Es sei wohl noch kein Ministerwechsel eingetreten, bei dem nicht eine ähnliche Erklärung abgegeben wurde. — Eine Besserung habe man bemerken können bei den Landtagswahlen, wobei die Amtmänner nicht mehr wie früher ihre agitatorische Thätigkeit im Parteiinteresse entfaltet haben. Sehr sympathisch habe ihn die Aeußerung des Herrn Staatsministers berührt, die Regierung werde gerecht und unparteiisch die Verwaltung führen. Aber nicht alle wichtigen Nichtverwaltungsaufgaben seien dem Reiche zugewiesen, während den Einzelstaaten nur die Verwaltung geblieben sei. Insbesondere müsse man wohl auch im Einzelstaat, z. B. in Kirchen- und Schulsachen, zu politischen Fragen Stellung nehmen. Auch die Lösung der Wahlrechtsfrage müsse für die Regierung eine wesentliche Aufgabe sein. Eine erfolgreiche Regierung setze ein vollständiges Vertrauensverhältniß mit dem Landtag voraus, und dieses fordere, daß die Regierung dem Volke gebe, was des Volkes sei.

Eingehend auf die Finanzverhältnisse glaubt Redner, daß das Defizit im ordentlichen Etat verschwinden werde. Der Regierung könne man die Anerkennung für die Vorlage des Wohnungsgeld- und Elementarunterrichtsgesetzes nicht versagen. Bei dem letzteren hätte er allerdings gewünscht, daß die Regierung weiter auf die Wünsche der Kammer eingegangen wäre. Doch sei die ungünstige Lage des Etatsabschlusses nicht nur durch die inneren Verhältnisse herbeigeführt worden, sondern in erster Linie durch die Höhe des Matrikularbeitrags. Nachdem aber die Reichsausgaben genehmigt seien, müsse man sich auf den Ausdruck des Bedauerns beschränken. Das Ziel einer Reichsfinanzreform sei, das Reich selbständig zu machen in seinen Einnahmen. Dieses theoretisch sich gut anhörende Ziel sei aber praktisch sehr schwer zu erreichen. Als Mittel werde vorgeschlagen eine Reichseinkommensteuer oder eine Erhöhung der indirekten Abgaben. Gegen das letztere Mittel müsse er namens seiner Parteifreunde entschieden zu Felde ziehen. Solange man keine besseren Vorschläge habe, sei es vorzuziehen, den gegenwärtigen Zustand beizubehalten. Bei richtiger Betrachtung müsse er auch als nicht verdammenswerth bezeichnet werden.

Zu den Ausführungen des Herrn Staatsministers über das Eisenbahnwesen bemerkt Redner: Ein Rückschlag des allgemeinen Wirthschaftslebens müsse natürlich auch auf die Eisenbahnen wirken. Auffallend sei aber, daß nur die Einnahme aus der Güterbeförderung zurückgegangen sei, während die Personenbeförderung eine steigende Einnahme abwarf. Das sei offenbar die Folge einer Verbilligung der Tarifsätze, die er auch für die Güterbeförderung empfehle. Die „Unrentabilität“ der Nebenbahnen sei nur cum grano salis zu verstehen. Wenn die Nebenbahnen nicht der Hauptbahn den Verkehr mit dem Hinterland vermittelten, so würde die Rente der Hauptbahn bedeutend sinken. Es komme bei der Werthung der Rentabilität einer Bahn also nicht lediglich auf die Summe an, die bei der betreffenden Bahn direkt eingehe. — Wenn alles Geld so gut angelegt wäre, wie die Eisenbahnschuld, so dürfte man ruhig jede Ausgabe genehmigen.

Uebergehend auf die Zolltariffrage legt Redner seine von der Ansicht des Abg. Muser etwas abweichende Anschauung dar. Eine mäßige Erhöhung der Kornzölle wäre wohl zu billigen. (Zuruf bei den Nationalliberalen: „Hört, hört!“) Durch den Zollschutz, den die Industrie genieße, werden dem Bauer seine Geräthschaften wesentlich vertheuert, da sei es ganz am Platze, auch dem Landwirth ein entsprechendes Aequivalent zu gewähren. Früher, bei hohen Getreidepreisen, wäre er nie für eine Zollerhöhung zu haben gewesen. Heute aber, wo durch die überseeische Konkurrenz der Getreidepreis so sehr herabgedrückt werde, sei ein höherer Zoll sehr angebracht. Die Einwendungen, insbesondere die, der Abschluß langfristiger Handelsverträge, werde durch die Zollerhöhung unmöglich gemacht, seien hinfällig. Solche Handelsverträge seien allerdings eine unumgängliche Nothwendigkeit. Die Einwendungen gründen sich jedoch nur auf Muthmaßungen, die sich erst zu bewahrheiten hätten. In diesem Fall allerdings müßte die Zollerhöhung wieder rückgängig gemacht werden. Da wir schon seit Jahren Getreidezölle haben, und die kleinen Bauern immer noch der Ansicht seien, sie bieten ihnen Schutz, so müssen wir annehmen, daß auch eine Erhöhung der Zölle ihnen zugute kommen werde. Daß sie allerdings dem Großgrundbesitzer weit mehr nützen werden als dem kleinen Landwirth, sei klar, hänge aber mit unserer ganzen Kapitalwirthschaft zusammen. Schwer werde es ihm, seine Stimme für eine Zollerhöhung zu erheben, wenn er an die Erhöhung der Brodpreise denke. Es handle sich hier eben um die Wahl zwischen zwei Uebeln, und das kleinere müsse man wählen. — Das seien falsche Freunde der Landwirthschaft, die ihre Forderungen ins Ungemessene erheben. Ein solcher Sieg wäre ein Pyrrhus-Sieg.

Präsident des Ministeriums des Innern Geh. Rath Dr. **Schenkel** glaubt die Stellung der Regierung zu den Getreidezöllen ganz unerörtert lassen zu können, da sie schon vom Abg. Dr. Heimburger in vorzüglicher Weise gerechtfertigt worden sei. Bezüglich der Vieh- und Fleischzölle sei vom Abg. Dreesbach bemerkt worden, schon jetzt sei im Interesse der Viehzucht treibenden Bevölkerung die Einfuhr von Vieh in das Reich verhindert durch veterinärpolizeiliche Vorschriften, die thatsächlich wenn auch nicht allein, so doch in erster Linie dem Schutze der Viehbesitzer dienen. Die Einführung von Zöllen auf Fleisch und Vieh werde eine erhebliche Vertheuerung der Fleischpreise zur Folge haben, die ihrerseits die allgemeine Lebenshaltung der weniger bemittelten Bevölkerung noch weiter hinabdrücke.

Dem müsse er entschieden widersprechen. Es wäre eine Pflichtwidrigkeit der Regierung, die veterinärpolizeilichen Vorschriften zu einem anderen als veterinärpolizeilichen Zwecke einzuführen. Die Landwirthschaft rentire bei einem großen Theil der Besitzer hinsichtlich des Getreidebaues nicht mehr, da müsse die Viehzucht aushelfen. Und mit Befriedigung könne er konstatiren, daß es unter Beihilfe der Regierung von unten und innen heraus gelungen sei, die Viehzucht in unserem Lande zu bedeutender Blüthe zu bringen. Insbesondere die Rindvieh- und Schweinezucht sei nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ bedeutend gehoben. Dieser im Vordergrund stehende Faktor des Wohlstandes unserer Landwirthschaft treibenden Bevölkerung sei aber der Gefahr ausgesetzt, durch Einschleppung von Seuchen aus dem Ausland Noth zu leiden.

Das beste und sicherste Mittel hiergegen sei ein allgemeines Verbot des Verkehrs mit Vieh für die Zeit der Gefahr, und von diesem Mittel habe die Reichsregierung mit Recht Gebrauch gemacht. Die Einfuhrverbote seien auch keine ganz allgemeinen: von der Schweiz und unter bestimmten Voraussetzungen auch von Oesterreich sei die Grenze für die Vieheinfuhr freigegeben, und gerade aus Oesterreich werden alljährlich 7000 Stück Rindvieh, Mastochsen für die Schlachthäuser der großen Städte, eingeführt. — Unrichtig sei die Annahme, ein erhöhter Zoll auf Vieh und Fleisch werde unbedingt ein erhebliches Steigen der Fleischpreise zum Nachtheil der Bevölkerung herbeiführen. Im Großen und Ganzen sei Deutschland im Allgemeinen, und insbesondere unser Land, bei den Fortschritten der Technik in der Viehzucht wohl in der Lage, fast den ganzen Fleischbedarf zu decken. Im Jahre 1898 seien etwa 850 000 Stück inländische Viehstücke in Baden geschlachtet worden und nur 7000 Stück aus Oesterreich eingeführtes Mastvieh. Nur 1,8 Proz. des gesammten Fleischverbrauchs von Deutschland werde aus dem Ausland eingeführt. Dieser geringe Prozentsatz weise nach, daß ein erhöhter Zoll auf den verhältnißmäßig geringen Theil der vom Ausland her eingeführten Viehstücke und Fleischvorräthe nicht die gefürchtete Wirkung haben werde. Es sei aber von hoher volkswirthschaftlicher Bedeutung, daß man der Regierung das Mittel der erhöhten Vieh- und Fleischzölle zur Abwehr einer größern ausländischen Mitbewerbung in die Hand gebe. Es kämen dabei insbesondere die Gebiete von Nord- und Südamerika und Australien mit sehr extensivem Betrieb der Viehzucht in Frage, wo das Vieh häufig nur 1/6 bis 1/10 des Werthes habe, den inländisches Vieh besitze; da auch der Transport durch die Fortschritte der Technik im Verkehrsgewerbe in den letzten Jahren außerordentlich erleichtert sei, so bestehe — wenn die Grenze der Vieheinfuhr vollständig geöffnet werde — die große Gefahr, daß unsere Landwirthschaft durch die Konkurrenz des zahlreichen und minderwerthigen ausländischen Viehes schwer geschädigt, die Preise weit unter das jetzige Maß gedrückt und der Viehzucht ihre Funktion als werthvolles Mittel zur Erhaltung unserer Landwirthschaft genommen werde.

Die vorgeschlagenen erhöhten Zölle auf Vieh und Fleisch seien nicht übermäßig; der vorgeschlagene Viehzoll, auf Schlachtausbeute zurückgeführt, sei nicht erheblich höher als der gegenwärtige Zoll auf Fleisch mit 20 M. auf den Doppelzentner, zum Theil sogar wesentlich niederer; es sei kaum zu besorgen, daß solche Zölle die Wirkung einer erheblichen Steigerung der Detailpreise haben, da sie sich, wie beim Getreidezoll, auf dem Wege vom Großhandel bis zum Konsumenten vielfach verschleifen. Schon jetzt seien ja die Fleischpreise an den verschiedenen Orten außerordentlich verschieden, ohne daß dafür irgend ein stichhaltiger Grund angegeben werden könnte.

Gegenüber der Bemerkung des Abg. Schüler wegen mangelhaften Schutzes der Schälwaldungen infolge zu niedrigen Zolles auf eingeführtes Quebrachoholz und sonstiger Gerbereimittel führt Redner aus, daß die Schälwaldungen bisher überhaupt des Zollschutzes gegenüber der Einfuhr ausländischer Gerberrinden und -Hölzer entbehrten. Die Bewegung, die einen solchen Schutz erstrebte, habe nur sehr geringen Erfolg gehabt bei der Feststellung der Tarifsätze. Die Forderungen seien auch ungemessen: statt 1 M., dem vorgeschlagenen Tarifsatz, werde für Quebrachoholz ein Minimalzoll von 10 M. und ein Maximalzoll von 15 M. auf den Doppelzentner verlangt; Ein Zoll von 10 M. stelle 150 Proz. des Produktwerthes dar. Diese Höhe sei unhaltbar. Einen derartigen Zoll kennen wir nur bei solchen Produkten, von denen eine entsprechende innere Abgabe erhoben werde. Er würde eine Prämie auf die Bewirthschaftung von Schälwaldungen setzen, die bei etwaiger Zollherabsetzung zu schweren Krisen führen müsse. Mit den im Inland produzirten Gerbmitteln könne unsere hochentwickelte Gerberei und Lederindustrie nicht auskommen, sie bedürfe der Einfuhr ausländischer Gerbstoffe, und wenn durch hohe Zölle die ausländischen Gerbmittel vertheuert würden, so hätte das eine sehr ungünstige Wirkung auf die Gerberei und die sonstigen Industrien, die Leder herstellen und verarbeiten und viele Zehntausende von Arbeitern beschäftigen. Die Regierung habe die verschiedenen Interessenten, den Landwirthschaftsrath, die Domänendirektion gehört, und sei nach sehr eingehenden Erörterungen zu der Anschauung gekommen, daß ein höherer Zoll auf Gerbmittel, insbesondere Quebrachoholz, nicht empfehlenswerth sei. Es sei wohl möglich, daß die Bewirthschaftung der Schälwaldungen sich für größeren Betrieb bei den jetzigen Arbeitslöhnen überhaupt nicht rentire. Staat, Gemeinde und Standesherrschaften seien aber auch in der Lage und gewillt, in diesen Waldungen zu anderer Wirthschaftsweise überzugehen. Anders bei den bäuerlichen Besitzern, die bei uns Schälwaldungen bewirthschaften, insbesondere zwischen dem Rench- und Kinzigthal. Bei den jetzigen Preisen von etwa 5 M. für den Doppelzentner Eichenrinde könne der kleine bäuerliche Besitzer immer noch existiren, da er selbst mitarbeite und aus dem landwirtschaftlichen Zwischenbetrieb und dem Holzertrage noch Einnahmen habe. Für ihn sei der Zoll von 1 M. immerhin von Werth. Sollte sich aber diese Erwartung nicht erfüllen, so werde die Regierung wohl die Frage in Erwägung ziehen, ob nicht diesen Besitzern zur Ueberleitung der Schälwaldungen in andere Betriebsarten Beihilfe zu gewähren sei.

Bei der Bemessung der Tarifsätze für Gerste sei, wie mehrere der seitherigen Redner bemängelt hätten, nur bis zu 3 M. für den Doppelzenter, also nicht so hoch gegangen worden wie bei Weizen und Roggen (5 1/2 und 5 M.). Das hänge damit zusammen, daß die Gerste auch bisher viel niederer verzollt war, nämlich vertragsmäßig mit 2 M., immerhin erhöhte man auch den Zoll für Gerste um 50 Proz., also um mehr als denjenigen für Roggen und Weizen. Man müsse dabei berücksichtigen, daß dabei auch die Futtergerste in Frage stehe und Futtermittel im Interesse der Landwirtschaft von Zollerhöhungen möglichst freigelassen werden sollten; auch liege es besonders im Interesse der mittleren und kleineren Brauereien, die Braugerste, die zum Theil aus dem Auslande beigeführt werden müsse, nicht durch Zoll zu überlasten. — Die Regierung hätte es sehr gewünscht, daß der Zoll für Tabak sehr erheblich höher bestimmt würde. Jede der verbündeten Regierungen mußte aber, um das Zustandekommen eines Kompromisses zu ermöglichen, ihre Wünsche denjenigen der anderen anpassen, so auch bei der Gerste und dem Tabak. Der Verzicht auf einzelne Spezialwünsche sei unbedingt nöthig, wenn man überhaupt das segensvolle Werk des neuen Zolltarifs durchgeführt sehen wolle.

Der Abg. Fendrich habe den Redner als Zeugen für die Nothwendigkeit der Niedrighaltung der Zölle angerufen und als Beweis eine Rede angeführt, die er im letzten Jahre auf der Lahrer Landwirthschaftlichen Ausstellung gehalten habe. Diese Rede sei ohne seine Mitwirkung in der Presse wiedergegeben worden, im ganzen zwar nicht unrichtig; doch hätten bei der Wiedergabe zum Theil die Bemerkungen gefehlt, in denen er hingewiesen habe auf die große Krise, die in den letzten 30 Jahren die Landwirthschaft

heimsuchte, und auf die Nothwendigkeit, der Ueberschwemmung mit billigem Getreide der überseeischen Länder durch mäßige Erhöhung der jetzt geltenden Zölle entgegenzutreten. Die jetzt vorgeschlagene Erhöhung der Getreidezölle sei aber mäßig und nehme Rücksicht auf die Industrie und die Lebenshaltung unserer Bevölkerung. Diese werde nicht beeinträchtigt, wenn man den Zoll von 3,50 M. auf 5 M. erhöhe. Diese Erhöhung bedeute auch für den ganz unwahrscheinlichen Fall, daß sie in vollem Maße in den Brodpreisen zum Ausdruck komme, nur eine Vertheuerung der Lebenshaltung einer Familie von fünf Köpfen um jährlich 13 M., die ertragen werden könne.

In jener Rede zu Lahr habe er daran anknüpfend gesagt, ein größerer Wohlthäter sei der, welcher dafür sorge, daß durch technische und wirthschaftliche Fortschritte die landwirthschaftlichen Produkte vermehrt werden und somit das gesammte Volksvermögen steige. Dies sei werthvoller als die infolge der Zölle eintretende Preissteigerung. Die Zölle seien aber nothwendig, weil sie den Getreidebau und die Viehzucht durch Erzielung angemessener Preise rentabel erhalten und so dem Landwirth die Mittel zur Benützung der technischen Fortschritte in die Hand geben.

Der Abg. Greiff habe als wesentliches Mittel zur Hebung der Landwirthschaft eine Verbesserung des Hypothekarkreditwesens bezeichnet, aber beanstandet, daß die bisherigen Maßnahmen der Regierung, namentlich das Abkommen mit der Rheinischen Hypothekenbank und das Eingreifen der Sparkassen, unzulänglich seien. Diese Bemängelung sei unbegründet. Die Rheinische Hypothekenbank sei redlich bemüht, gemäß dem Abkommen von 1892 für die Bedürfnisse des landwirthschaftlichen Kredites und insbesonderr für Gewährung amortisabler Darlehen an landwirthschaftliche Mittel- und Kleinbesitzer zu sorgen. In den letzten 8 Jahren habe sie solche Darlehen im Betrage von rund $10^1/_4$ Millionen Mark gegeben. Im Jahre 1900 seien von ihr 1 080 000 M. landwirthschaftliche Hypotheken-Darlehen ausgegeben worden. Das Sinken dieser Summe gegenüber dem Vorjahre hänge mit dem Steigen des Zinsfußes zusammen. Auch die Sparkassen haben sich auf Anregung der Regierung neuerdings in weiterem Umfange damit befaßt, an Landwirthe hypothekarische Darlehen auf Amortisation auszugeben. Von 132 Sparkassen haben 46 eine große Zahl amortisabler Darlehen an Landwirthe in der Gesammthöhe von 9 660 000 M. gewährt. Die Staatsaufsicht trage dafür Sorge, daß von der Rheinischen Hypothekenbank ein Darlehen niemals verweigert werde, wenn die geforderte Sicherheit geboten sei. Es stehe zu hoffen, daß mit Hilfe dieser Maßnahmen das ländliche Darlehenswesen auch ohne Landeskreditkasse sich günstig weiter entfalten werde.

Den Abg. Dr. Heimburger verweist Redner hinsichtlich der Bezirksgeometer auf den Budgetentwurf, in dem dieser verdienten Beamtenklasse, schon ehe eine Aenderung des Gehaltstarifs zu ihren Gunsten möglich sei, wesentliche Aufbesserungen, insbesondere in Gestalt von Dienstzulagen gewährt seien.

Wegen der besonderen Beaufsichtigung sozialdemokratischer Versammlungen erwidert Redner dem Abg. Fendrich, daß schon sein Vorgänger auf dem Ministerposten die Bezirksämtern angewiesen habe, von dem früheren Grundsatz der regelmäßigen Beaufsichtigung sozialdemokratischer Versammlungen durch Absendung von Beamten abzugehen, und eine solche Aufsicht nur dann eintreten zu lassen, wenn dazu besondere Gründe vorliegen. So sei auch bisher ziemlich allgemein verfahren worden, und er habe diesen Erlaß kürzlich den Bezirksämtern in Erinnerung gebracht. An der erhöhten Aufmerksamkeit, die man einigen Versammlungen zuwandte, in denen der Zolltarif besprochen werden sollte, seien die Sozialdemokraten durch ihre maßlosen Angriffe in der Presse, durch die Ausgabe des Stichworts „Brodwucher“ und von sonderbaren Bildern, welche die begehrlichen Agrariern in aufreizender Weise darstellen, selbst Schuld. — In der Fabrikinspektion sei alles beim Alten geblieben. Eine Kürzung der Berichte sei infolge der neuen vom Reichsamt des Innern ausgegebenen Anleitung veranlaßt worden, worin die Punkte einzeln bezeichnet werden, die in allen Berichten künftig behandelt werden sollten. Dies sei nöthig gewesen, um die Gleichmäßigkeit der Darstellung zu sichern und zu verhüten, daß die nunmehr im vollen Text zu veröffentlichenden Berichte nicht in einer Weise anschwellten, die das Lesen dem Betheiligten unmöglich mache. Im Uebrigen habe man dem Fabrikinspektor die volle Freiheit der Darstellung gelassen.

Der Abg. Dr. Heimburger habe bemerkt, die öffiziöse Presse habe anläßlich des Ministerwechsels geschrieben: Die Wahlrechtsfrage sei der Angelpunkt der inneren Politik. Dieser Artikel, dessen er sich nicht mehr erinnere, könne jedenfalls nur von einem freiwilligen Hilfsarbeiter hergerührt haben; er selbst habe keinen Anlaß dazu gegeben und theile diese Ausfassung keineswegs. Es bestehe wohl in der Auffassung über diese Einzelfrage ein trennender Unterschied zwischen Regierung und Volksvertretung. Man dürfe aber diese Frage keineswegs zum „Angelpunkt unserer inneren Politik“ stempeln. Der Unterschied sei keineswegs so klaffend; die Regierung sei wie die Mehrheit dieser Kammer für die direkte Wahl, nur wolle sie nicht die allgemeine gleiche direkte Wahl, die in keinem andern deutschen Staate eingeführt sei; es bedürfe eben gewisser Einschränkungen und Gegengewichten. Ob man sich darüber auf diesem Landtage einigen werde, sei ja zweifelhaft; dadurch brauche aber keineswegs ein Zustand mangelnden Vertrauens zwischen Regierung und Volksvertretung herbeigeführt zu werden. Die Hauptsache sei und bleibe, daß alle Klassen der Bevölkerung und alle ihre Schichten, die darauf einen Anspruch erheben dürfen, durch die Art der Wahl dazu gelangen können, ihre Anschauungen in der Volksvertretung zur Geltung zu bringen; dies sei schon bei dem jetzigen Wahlsystem möglich und auch bei dessen Aenderung sei zu hoffen, daß es einmal gelingen werde, auf einer gleichen Grundlage eine Einigung zu erzielen.

In einer persönlichen Bemerkung tritt der Abg. **Hug** der Behauptung entgegen, seine vorgestrigen Ausführungen stehen in Gegensatz zu der Rede, die er im Reichstage hielt. Er konnte damals (Dezember 1900) die wirthschaftliche Depression von heute nicht voraussehen.

Abg. Dr. **Wilckens** theilt noch die Namen der Abgg. mit, die zufolge einer Vereinbarung der Parteien der Kommission zur Vorberathung des Gesetzentwurfs, betreffend Ueberleitung der ehelichen Güterstände des älteren Rechts in das Reichsrecht, angehören sollen.

Schluß der Sitzung $^1/_4$1 Uhr.

Nächste Sitzung Montag halb 4 Uhr.

Verantwortlich für die Landtags-Beilage: E. Umhauer — Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei Beide in Karlsruhe.

Ergebnissen bei

Eintrittsgeld wird nicht erhoben. Jedermann ist

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg